

die DDR wandte sich mit 400 Ersuchen an die West-Berliner Justiz. Das übliche Antrags-Verfahren: Das Gericht wendet sich an den Justizsenator, dieser an das Ost-Berliner Justizministerium, und von dort geht das Ersuchen weiter an das zuständige DDR-Gericht. Die Ost-Berliner Justizbehörden verfahren, umgekehrt, ebenso. Die meisten Gesuche im zwischendeutschen Rechtshilfeverkehr betreffen Testamentssachen. Es folgen Unterhaltsstreitigkeiten, Ehescheidungen und Zwangsversteigerungen zur Auflösung von Erbengemeinschaften.

Was die Bundesregierung nunmehr als Kompromiß für die Rechtshilfe zwischen Bundesrepublik samt West-Berlin und dem Ostblock anstrebt — den Direktverkehr von Gericht zu Gericht —, halten die Experten des Bonner Justizministeriums für die beste Lösung. Justiz-Staatssekretär Günther Erkel: „Je besser die Beziehungen, um so eher geht der Verkehr von Gericht zu Gericht.“ Mit Österreich beispielsweise werden die Verfahren im Direktverkehr prompt in 14 Tagen erledigt. Der Umweg über die Botschafter aber dauert — wie etwa in Jugoslawien — acht bis zehn Monate.

FLÜCHTLINGE

Mal abwarten

Mehrere Bundesländer weigern sich, asylsuchende Chilenen aufzunehmen — aus Angst vor Revolutionären. Von Revolution aber ist bei denjenigen, die bislang in Westdeutschland eintrafen, nichts zu hören.

Die Bayern wollen „selbstverständlich keine Personen hereinlassen, die sich bei uns als Systemveränderer betätigen“, wie Ministerialrat Wolfgang Bouska vom Innenministerium in München sagt.

Vor einer Infiltration durch Asylsuchende aus dem fernen Chile möchte sich auch Baden-Württemberg bewahren: Es will, so die Stuttgarter Regierung, Mitglieder „extremer oder extremistischer Gruppen, die sich gegen den demokratischen Verfassungsstaat wenden“, nicht einreisen lassen.

Im Lager Friedland bei Göttingen — wo sonst vor allem Übersiedler aus östlichen Staaten registriert und versorgt werden, das nun aber auch Chilenen aufnehmen soll — treffen Briefe ein, in denen Spendenzusagen wieder zurückgezogen werden. „Da schreibt der eine oder andere“, erläutert das Büro der „Friedlandhilfe“, „er möchte nur Personen unterstützen, die vor dem Kommunismus davongelaufen sind“; aber dazu beitragen, „daß die im Lager nun auf ihre Feinde treffen“, wollten die Absender nicht.

Oberamtsrat Klaus Arend vom Bundesamt für Verfassungsschutz schließ-

lich, der sich in der chilenischen Hauptstadt Santiago die Leute schon mal ansieht, die vor der Militärgewalt dort Zuflucht in der westdeutschen Botschaft gefunden haben, tut dies, wie der „Münchner Merkur“ schrieb, nach der Devise: „Wir wollen keine Tupamaros. Berufsrevolutionäre pflegen ihre Ziele nicht in einer anderen Geographie aufzugeben. Wir wollen nicht riskieren, daß ... Bomben hochgehen.“

Ob Bomben krachen werden, nur weil ein Verfassungsgebot — „politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ — beachtet wird, ist vorerst kaum auszumachen. Daß es lauter Linke sind, denen dieses Recht gewährt wird, daran ist kein Zweifel.

Rund hundert Chile-Flüchtlinge sind in der Bundesrepublik eingetroffen; mehr als insgesamt 500, einschließlich Frauen und Kinder, sollen es nach Auskunft des Bundesinnenministeriums am



Chilenische Flüchtlinge in Frankfurt: „Viel arbeiten, viel lernen“

Ende nicht werden. Die meisten sind in Hessen untergekommen, über dreißig allein im Flüchtlingswohnheim Frankfurt-Griesheim in der Kiefernstraße. Dort sitzt auch José Oyarce, einst Chiles Arbeitsminister, mit Ehefrau Ruby und fünf Kindern. Und sie wollen, wie Frau Ruby beteuert, nichts als „viel arbeiten, viel lernen und nicht von den Spenden leben“.

So sieht es auch Georgina Chibarro, 29, Völkerkundlerin, die „vorerst“ überhaupt kein Interesse hat, sich politisch zu betätigen: „Wir wollen lieber erst mal abwarten; zunächst sind wir einfach nur froh, daß wir hier sein dürfen.“

Weltrevolution oder so etwas ist jedenfalls das letzte, worüber die Chilenen derzeit im Flüchtlingsheim reden möchten. Viele, wie José Miguel Varas, 45, zuletzt Journalist beim chilenischen Fernsehen, haben sich und ihre Angehörigen erst „in letzter Minute“ in die westdeutsche Botschaft retten können.

Daß sie die Bonner Residenz erwählten, über die sie nun in die Bundesrepublik gerieten, und nicht etwa eine Ostblockvertretung, erklärt Varas so: „Es gab keine andere Wahl. Alle sozialistischen Botschaften waren schon zwei Tage nach dem Putsch geschlossen.“ Etwa sechzig seiner Landsleute, weiß der Journalist, hätten sich auch in der DDR-Botschaft aufgehalten und seien dann nach Finnland ausgeweisert.

Daß die Flüchtlinge „vorwiegend Kommunisten und Sozialisten“ sind, räumt Flüchtling Varas ein — „etwas mehr Kommunisten“ sogar, er selbst war daheim auch einer. Fernando Voigt wiederum — Medizinstudent im siebten Semester, der flüchten mußte, weil er einer sozialistischen Jugendorganisation angehörte — findet, es sei wohl „ein Unterschied, ob man in Chile oder in einem hochentwickelten Industriestaat lebt“, und dementsprechend sind chile-

nischer und westdeutscher Kommunismus für ihn „zwei Paar Schuhe“.

Chilene Otto Eichen, zuletzt Universitätslehrer für Spanisch in Santiago und Kommunist mit reichsdeutschem Großvater, sieht den Fall ebenso: „Dies hier ist ein anderes Land, dies sind nicht unsere Probleme. Was hier zu machen ist, das müssen die deutschen Arbeiter machen.“

„Nichts als einen Job“ will auch der Journalist Varas: „Wir wollen hier nicht in die Partei. Jeder Deutsche, der uns und unseren Landsleuten in Chile hilft, ist uns willkommen.“ Wirklich jeder: „Auch ein Mann wie Franz Josef Strauß.“

Soweit ist es freilich noch nicht. Als sich die Stadt München im Gegensatz zur bayrischen Staatsregierung demonstrativ zur Aufnahme von „zunächst 50 politischen Flüchtlingen aus Chile“ bereit erklärte, kämpfte Straußens CSU-Stadtrat Hans Stützle bis zuletzt dagegen an, und SPD-Bürgermeister Eck-

hart Müller-Heydenreich fand die Debatte „nicht würdig“.

„Beschämend“ fand Bundesminister Erhard Eppler die ablehnende Haltung der baden-württembergischen Landesregierung, und Helmut Frenz, Bischof der evangelischen Kirche in Chile, nannte es in Stuttgart eine „gemeine Diskriminierung“, daß die lateinamerikanischen Flüchtlinge hierzulande teilweise als „Ostagenten, Tupamaros und Berufsrevolutionäre“ verschrien würden.

Die hannoverschen SPD-Ortsvereine Mitte und Oststadt kritisierten, durch „die Auswahl von Asylsuchenden mit Hilfe des Deutschen Verfassungsschutzes nach politischen Gesichtspunkten“ habe sich die Bonner Regierung „grundgesetzwidrig“ verhalten: Willy Brandt und Herbert Wehner hätten „Asyl nicht oder zu spät“ erhalten, „wenn in der Zeit des Nationalsozialismus Deutschlands Nachbarstaaten sich so verhalten hätten“.

INDUSTRIE

Billig und willig

Weil sie die Ergebnisse einer Regierungsrecherche anzweifeln, suchen SPD-MdB nach neuen Wegen, die Unterbezahlung schwarzer Arbeiter bei deutschen Firmen in Südafrika zu ermitteln.

Sieben Monate lang ließ die Bundesregierung ermitteln. Jetzt endlich konnte SPD-MdB Lenelotte von Bothmer, die durch eine Anfrage im Bundestag den Anstoß zur Regierungsrecherche gegeben hatte, das Ergebnis sichten. Ihr Fazit: „Das befriedigt mich ganz und gar nicht.“

Flankiert von 54 Koalitions-Abgeordneten, hatte die Afrika-Expertin der SPD-Fraktion im April wissen wollen, ob deutsche Firmen in Südafrika ihren schwarzen Arbeitern Hungerlöhne zahlen. Überprüft werden sollte der Verdacht zunächst bei den Niederlassungen und Töchtern jener Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist: bei VW, der Lufthansa, der Salzgitter AG und der Frachtagentur Schenker.

Doch statt die Lohnverhältnisse auch unter den südafrikanischen Belegschaften erforschen zu lassen, begnügten sich die Prüfer aus dem Wirtschaftsministerium des Freidemokraten Hans Friedrichs mit Angaben aus den Chef-Etagen. Die Auskünfte waren entsprechend: „Die Löhne“, so das Regierungs-Résümee, „liegen teilweise weit über den staatlich festgelegten Mindestlöhnen.“

Daß südafrikanische Mindestlöhne freilich teilweise unter dem Existenzminimum liegen, hatte bereits Anfang des Jahres der englische „Guardian“ enthüllt. Nur in drei Prozent der in Südafrika niedergelassenen englischen Firmen, so ermittelten die „Guardian“-Re-

porter, verdienen alle Beschäftigten so viel, daß sie sich und ihre Familien wenigstens ausreichend ernähren können: zahlreiche Betriebe geben ihren Arbeitern nicht einmal die Hälfte des Existenzminimums von monatlich 300 bis 400 Mark für eine fünfköpfige Familie.

Während große deutsche Unternehmen in Südafrika — wie Siemens, AEG und Demag — ihre Löhne für schwarze Arbeiter in den letzten Monaten dem Existenzminimum angepaßt haben, sind es vor allem mittlere Betriebe, so Horst Kleinschmidt von der südafrikanischen Kirchenorganisation „Sprocas“, „die sich hinter dem Glanz der Großen verstecken“.

Einer dieser Kleineren ist der Nürnberger Blumenhändler Simon Kerscher, der in der Bundesrepublik Nelken und Rosen aus seiner Gärtnerei Springbok

Im Durchschnitt verdienen Südafrikas Schwarze 130 Mark monatlich, die Weißen dagegen 1400 Mark. Millionen Afrikaner bilden ein Arbeitslosen-Heer, das stets bereit ist, auch für Hungerlöhne in die Fabriken zu gehen.

Stichproben des SPIEGEL vor deutschen Fabrikatoren in Südafrika enthüllten Unerfreuliches. So hat Witness Granville Cele, Maschinenführer im Werk der Düsseldorfer Henkel GmbH in Natal, einen Wochengrundlohn von rund 50 Mark. George Khuluse, Packer beim Remscheider Werkzeughersteller Gedore, kassiert pro Woche knapp 50 Mark.

Zahlen über Investitionen und Löhne für die Schwarzen werden in den meisten deutschen Unternehmen denn auch wie geheime Kommandosachen behandelt. Als eine Gruppe von Wissenschaft-



Südafrikanische VW-Monteur: Löhne werden überprüft

Flower Company in Kempton Park vertreibt. Seine Löhne sind, so Kleinschmidt, „sicherlich mit die schlechtesten in diesem Teil Transvaals“: Schwarze Arbeiter verdienen etwa 25 Mark in der Sechs-Tage-Woche, ein Vormann rund 29 Mark.

Im Vergleich mit den Wohnbaracken der Springbok Flower Company hausen Gastarbeiter in der Bundesrepublik fast komfortabel. Kleinschmidt: „Jeder Arbeiter erhält ein Stahlbett ohne Matratzen oder Decken. Es gibt keine Zimmerdecken, und das Dach leckt, wenn es regnet. Es gibt kein Licht, kein heißes Wasser.“

Wenn auch im Februar erstmals eine schwarze Streikwelle über das Kapland rollte und 60 000 unterbezahlte Zulu-Arbeiter höhere Löhne durchsetzten, so gilt Südafrika doch noch immer als Markt der billigen und willigen Arbeitskräfte. Denn von den 7,5 Millionen Werkträgern sind nur 400 000 gewerkschaftlich organisiert.

lern der Universität Kapstadt im April einen Fragebogen an 110 deutsche Firmen verschickte, gab es nur zwei verwertbare Antworten.

Gleichwohl will die Afrika-engagierte Lenelotte von Bothmer einen neuen Versuch starten. Der DGB und die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung sollen nach den Wünschen der Sozialdemokratin Mittel lockermachen, damit unabhängige Wissenschaftler die südafrikanischen Lohnverhältnisse untersuchen können.

Eine andere Informationsquelle blieb unergiebig. Der deutsche Südafrika-Botschafter Erich Strätling, der Mitte Dezember vor dem SPD-Arbeitskreis Außenpolitik über das Los schwarzer Arbeitnehmer referierte, überzeugte seine Zuhörer allenfalls von seinem „beklagenswerten Bewußtseinsstand“ (von Bothmer). Auch Arbeitskreis-Teilnehmer Karl-Heinz Hansen fand: „Das war mehr ein feuilletonistischer Beitrag.“